Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 30 (1974)
Heft: 2

Rubrik: Rechtschreibreform

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rechtschreibreform

Der Stand der Diskussion

Das nachfolgende Referat wurde anläßlich der (zweiten) Rechtschreibkonferenz vom 18. Januar 1974 in Zürich gehalten, zu der das Eidgenössische Departement des Innern alle an Sprache und Schrift interessierten schweizerischen Verbände eingeladen hatte. Es gibt in sachlicher Form die Lage wieder. Eine abschließende Stellungnahme war dabei nicht vorgesehen. Das weitere Vorgehen ist noch nicht festgelegt. Vermutlich wird sich die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz in naher Zukunft mit dieser Frage befassen. *teu.*

Die heutige Tagung dient nicht der Werbung und Indoktrinierung, sondern der Information. Es ist daher nicht meine Aufgabe, für oder gegen die Reform zu sprechen, sondern einige Fakten darzulegen.
Zunächst möchte ich einige geschichtliche Tatsachen ins Licht rücken, wobei ich mich jedoch auf ein Minimum beschränke: So sei in Erinnerung gerufen, daß die Diskussion um die Rechtschreibreform seit weit mehr als hundert Jahren im Gange ist. Es handelt sich dabei also um einen Dauerbrenner, der nicht gelöscht werden kann und der von Zeit zu Zeit eindrücklich aufglüht. Leo Weisgerber hat vor zehn Jahren einen bestimmten Abschnitt dieser Geschichte umfassend dargestellt, nämlich die ersten sechs Jahrzehnte unseres Jahrhunderts (Untertitel: Sechzig Jahre Bemühungen um eine Rechtschreibreform).
In der Schweiz lassen sich seit 1885 bestimmte Aktionen und Vorstöße genau erfassen. Die Reformfreunde haben sich vor ganz genau fünfzig Jahren im BVR (Bund für vereinfachte rechtschreibung) formiert.
Aus der jüngeren Zeit verdienen die folgenden Ereignisse eine besondere Erwähnung, weil die heutige Diskussion daran anknüpft: Im Jahre 1950 haben in einer Urabstimmung 87% der Schweizer Lehrer eine Rechtschreibreform verlangt. Abstimmungen in andern Organisationen zeigten ein weniger einheitliches Bild. Immerhin hat Prof. August Steiger, der im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz eine Meinungsforschung betrieb, aufgrund der Ergebnisse den Antrag gestellt, der Übergang zur Kleinschreibung sei zu beschließen.
In den fünfziger Jahren kam es zu internationalen Gesprächen und Vorschlägen: 1952 Konferenz in Konstanz, 1954 Stuttgarter Empfehlungen, 1958 Wiesbadener Empfehlungen. Im Zusammenhang damit setzte die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz eine Expertenkommission ein, die 1963 sehr kurzfristig eine Konferenz mit Delegierten von 21 Fachverbänden einberief. Dabei wurde mit 20 : 1 die Ablehnung der Reform „beschlossen". Das schweizerische Nein, über dessen Zustandekommen in der Folge viel geschrieben worden ist, bremste alle weitern Aktionen. Vor allem stockten sofort die internationalen Gespräche, und damit wurde die Reform aufgeschoben, denn man war über den Grundsatz einig, daß alle deutschsprachigen Länder mitziehen müßten. Freilich war auch die österreichische Kommission nicht zu einem Entscheid gekommen. Während die Kommission der BRD mit 14 : 3 die Reform bejahte, teilte sich die österreichische Kommission in zwei gleich starke Lager (10 : 10).
Die Auseinandersetzung ging trotzdem sofort weiter. So wurde die Stellungnahme der Schweizerischen Orthographiekonferenz zum Gegenstand wis-

senschaftlicher Diskussionen. Dr. Haller, Dr. Pfleiderer, Prof. Weisgerber usw. nahmen dazu kritisch Stellung, und wenn auch einige große Zeitungen damals erklärten, die Diskussion sei jetzt zu Ende, flackerte sie doch auch in der Schweiz immer wieder auf. Es seien erwähnt: 1964 „Schweizer Schule", 1965 Zeitschrift PRO, 1967 Sondernummer der „Schweizer Schule", 1968 „Helvetische Typographia". Aber es gab keine Schweizerische Orthographiekommission mehr, denn diese hatte sich 1963 aufgelöst.

Was ging in der Zwischenzeit vor sich?

Was geschah mit den Kommissionen der andern Länder? Die deutsche (BRD — „Arbeitskreis für Rechtschreibregelung") blieb weiter bestehen unter dem Vorsitz von Dr. Paul Grebe; eine besondere Betätigung erübrigte sich jedoch, weil die Anträge erarbeitet (Wiesbadener Empfehlungen) waren und im Prinzip der Auftrag bestehen blieb, zusammen mit den andern Ländern eine Reform durchzuführen. Die österreichische Kommission wurde ebenfalls nicht aufgelöst, aber erst 1969 wieder einberufen. Da sie jedoch in der Zwischenzeit verschiedene Mitglieder verloren hatte, beschloß man, die bestehenden Mitarbeitergruppen wieder aufzufüllen und neue Gruppen zu schaffen. So kamen in der Folge zusätzlich in die Kommission drei Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, vier Volksvertreter, vier Schriftsteller und Dichter, drei Vertreter des Pressewesens, so daß die österreichische Kommission für die Orthographiereform nunmehr 50 Mitglieder zählt. Frau Prof. Maria Hornung übernahm vorerst das Präsidium. Wenn auch zögernd, versuchte die Kommission, wieder tätig zu werden. Dazu fühlte man sich verpflichtet und gedrängt, denn Ernst Pacolt, der Schriftführer dieser Kommission, stellte fest: „In den sechziger Jahren trat allgemein ein Umschwung in der öffentlichen Meinung zugunsten einer sinnvollen Erneuerung der deutschen Rechtschreibung ein. Hinzu kam die in Österreich auf breiter Basis einsetzende Schulreform, die eine kritische Überprüfung aller von der Schule bisher gelehrten Bildungsgüter auf ihren tatsächlichen Bildungsgehalt hin notwendig machte. Bei aller Wertschätzung der in der Rechtschreibung zum Ausdruck gebrachten Konvention konnte dieser kein Bildungsgehalt zuerkannt werden. Psychologen zeigten wiederholt auf, daß das größte Hindernis für einen kindgemäßen Rechtschreibunterricht die geltende Großschreibung sei, weil sie einem grammatischen Prinzip folgt, das für Volksschüler uneinsichtig bleiben muß".
Neuen Auftrieb erhielten die Reformbestrebungen durch das Wiener Symposion 1971, das unter dem Motto stand „Schreibung — gegenwärtige Gesellschaft". Dieser Kongreß wurde von der „Österreichischen Gesellschaft für Sprachpflege und Rechtschreiberneuerung" und vom österreichischen Sonnenbergkreis durchgeführt, hatte also nicht eigentlich einen amtlichen Charakter. Besonderes Gewicht erhielt er jedoch durch die persönliche Teilnahme des österreichischen Unterrichtsministers und durch die offiziellen Vertreter des Bonner Innenministeriums und zweier Kultusministerien sowie durch die Tatsache, daß der Vorsitzende des deutschen Arbeitskreises und die Präsidentin der österreichischen Kommission als Referenten auftraten. Die angemeldete Vertretung aus der DDR konnte freilich nicht erscheinen. An diesem Symposion beschlossen die Vorsitzenden der bundesdeutschen und der österreichischen Kommission, den Chef des Eidg. Departements des Innern zu ersuchen, er möchte ein schweizerisches Gremium schaffen, mit dem Gespräche über das weitere

Vorgehen aufgenommen werden könnten. Da der Schweiz daran liegen muß, in allfällige Reformgespräche mit einbezogen zu werden, setzte Herr Bundesrat Tschudi im Juni 1972 einen „Vorberatenden Ausschuß für Fragen der Rechtschreibreform" ein, der auch als Gesprächspartner in zwischenstaatlichen Konferenzen auftreten kann, aber über keine Entscheidungskompetenzen verfügt. Das Wiener Symposion löste aber auch eine Reihe von parlamentarischen Vorstößen in der BRD und in der Schweiz aus, hier namentlich in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Basel-Land, Luzern, St. Gallen und Aargau. Daher haben die Nordwestschweizer Erziehungsdirektoren im August 1972 der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz den Übergang zur Kleinschreibung empfohlen.
Im Mai 1973 faßte die ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der BRD den Beschluß, neue Verhandlungen mit den deutschsprachigen Ländern einzuleiten, und zwar auf der Grundlage der Wiesbadener Empfehlungen.
Die österreichische Kommission hat im Januar 1973 unter dem Vorsitz von Prof. Knobloch ein Tätigkeitsprogramm aufgestellt. Es wurde beschlossen, verschiedene Untersuchungen in die Wege zu leiten, diese jedoch auf das Schuljahr 1973/74 zu begrenzen. So hat eine Gruppe unter dem Vorsitz von Prof. Wüster drei Großschreibungssysteme zu vergleichen: 1. die derzeit geltende Großschreibung, 2. die gemäßigte Kleinschreibung und 3. den sogenannten Vereinfachungsvorschlag von Prof. Wüster, der eine Vermehrung der Großschreibung vorsieht.
In der Schweiz sind inzwischen die Gemeinden Ostermundigen und Wyßachen zur gemäßigten Kleinschreibung übergegangen, andere erwägen diesen Schritt, und zahlreiche Firmen sind dem Beispiel gefolgt.
Von besonderer Bedeutung sind die folgenden drei Veranstaltungen: Im Februar 1973 hat der deutsche Germanistentag mit großer Mehrheit die gemäßigte Kleinschreibung befürwortet. Im Oktober 1973 haben der Verband Deutscher Schriftsteller, das Pen-Zentrum und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Frankfurt einen Kongreß durchgeführt, an dem zum Teil recht radikal gefochten worden ist.
Im Oktober 1973 fand in Wien der zweite Kongreß für Rechtschreiberneuerung statt. Diesmal waren die BRD, die Schweiz und Österreich durch offizielle Beobachter vertreten. Als wissenschaftlicher Beobachter nahm auch ein Dozent aus der DDR teil, was einen Meinungsaustausch unter Vertretern aller deutschsprachigen Länder möglich machte.
Ende des vergangenen Jahres hat die BRD ihren Beschluß ausgeführt, mit den benachbarten Ländern offiziell in der Frage der Rechtschreibreform Kontakt aufzunehmen. Ungeklärt bleibt dabei das Verhältnis zur DDR.

Neue Aspekte und Akzente der neuen Diskussion

Ganz allgemein darf festgestellt werden, daß in der neuen Gesprächsrunde bis jetzt sachlicher diskutiert worden ist als in früheren.
Die Wissenschaft hat sich des Problems ebenfalls wieder angenommen. Zwar stammen die eingehenden Untersuchungen über den Fragenkreis aus der Zeit zwischen 1950 und 1965; heute befassen sich aber nicht mehr bloß die Philologen mit der Rechtschreibung, sondern vor allem auch die Psychologen, Pädagogen und Soziologen. Dies zeigt z. B. sehr eindrücklich das Heft „Pädagogik der Gegenwart 109" (Titel: „Beiträge zur Erneuerung der deutschen Rechtschreibung").
Wie erst jetzt bekannt geworden ist, arbeiten in der DDR verschiedene Gruppen am Problem. Einzelne Arbeiten sind abgeschlossen, andere noch

im Gange. Im Herbst dieses Jahres wird die Habilitationsschrift von Dozent Dr. Nerius das Ergebnis einer größeren Untersuchung darlegen.
Neu ist der Ruf nach Großuntersuchungen, der vorwiegend von Reformgegnern vorgebracht wird. Man denkt dabei an Lesbarkeitsuntersuchungen. Derartige Testreihen sind zum Teil schon abgeschlossen (z. B. in Österreich), zum Teil im Gange. Fehlerstatistiken liegen in größerer Zahl vor. In der Schweiz hat der Schweizerische Lehrerverein anfangs der dreißiger Jahre viele Untersuchungen durchgeführt und ihre Ergebnisse publiziert. Von Bedeutung ist die Rechtschreibuntersuchung der Rekrutenprüfungen aus dem Jahre 1954, bei welcher einige tausend Rekrutenaufsätze nach verschiedenen Gesichtspunkten (Großschreibung, Schärfung, Dehnung usw.) untersucht wurden. Im Kreis III ist die Großschreibung Gegenstand der Untersuchung gewesen: Man stellte fest, daß die eigentlichen Dingwörter (wie Haus, Mensch) keine großen Schwierigkeiten bieten, daß hingegen die Regeln der Substantivierungen und der Gebrauch der Adverbien überhaupt nicht beherrscht werden. Ich zitiere: „Die Gesamtzahl aller Wortfehler beläuft sich auf 9 200. Die Zahl aller Klein- und Großschreibfehler beträgt 3 386, das sind 37% sämtlicher Wortfehler überhaupt. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Großschreibung eine wesentliche Fehlerquelle bedeutet."
Neu ist eine gewisse Verpolitisierung und Ideologisierung des Problems. Vor allem der Kongreß in Frankfurt hat gezeigt, daß die Diskussion leicht entarten kann. Daher hat der zweite Wiener Kongreß erklärt: „Die Arbeitsgruppe warnt eindringlich vor einer Ideologisierung oder Verpolitisierung der Rechtschreibreform und ersucht, alle Entscheidungen über das Wie der Reform ausschließlich nach sachlichen Überlegungen zu treffen."
Neu ist vielleicht auch die Befürchtung, die Rechtschreibung könnte der Kontrolle entgleiten, wenn nicht bald eine Lösung getroffen wird: Die radikale Kleinschreibung befindet sich da und dort bereits im Vormarsch, und auch andere Reformen werden in Publikationen der jungen Generation willkürlich vorangetrieben.
Nicht zu übersehen ist auch, daß die Reformfreunde auf alle Fälle die Rechtschreibung als Schulfach entthronen wollen und sich dagegen wehren, daß landauf, landab die Orthographie als eigentlicher Gradmesser der Intelligenz und der Tüchtigkeit gewertet wird. Deshalb hat sich der Arbeitskreis Grundschule (dem Vertreter aller deutschsprachigen Länder angehören) in einer Entschließung zum Entscheid der Kultusministerkonferenz u. a. folgendermaßen geäußert: „Darüber hinaus bitten die Teilnehmer der Tagung die Kultusminister der BRD, den Bundesminister für Unterricht und Kultur, Österreich, und die Erziehungsdirektoren der Schweiz, auf die Lehrer einzuwirken, daß Verstöße gegen die derzeit noch gültigen Regeln der Großschreibung bei der Notengebung nicht mehr berücksichtigt werden."
In einer Entschließung des zweiten Wiener Kongresses heißt es: „Vom Schuljahresbeginn 1975 an soll in der Grundschule die Rechtschreibung nicht mehr als Kriterium für die Versetzung oder Nichtversetzung herangezogen werden. Die Kontrolle der Rechtschreibleistung ist nur als Diagnose, die dem Schüler zu helfen hat, anzusehen. Von zuständigen Fachleuten (Schulpsychologen) als Legastheniker erkannte Schüler sollen besonders gefördert, und bei Beurteilung ihrer Rechtschreibleistung soll darauf Rücksicht genommen werden." Besonders in Hessen wird dem Problem der Legasthenie große Aufmerksamkeit geschenkt. (Die Schweiz hat in diesem Bereich noch einiges gutzumachen.)

Gemeinsame Lösung

In allen amtlichen Erklärungen wird immer wieder festgehalten, daß bei einer Reform ein gemeinsames Vorgehen der deutschsprachigen Länder anzustreben sei. Bis vor kurzem war aber bekanntlich ein Gespräch zwischen der BRD und der DDR über derartige Fragen äußerst erschwert. Es scheint sich nun freilich eine neue Situation herauszubilden, aber jede Voraussage ist wohl verfrüht. Immerhin weiß man, daß das zuständige DDR-Ministerium die Wissenschaft beauftragt hat, Entscheidungsunterlagen zur Verfügung zu stellen.
Ob die Schweiz allenfalls erneut eine Reform verhindern könnte, ist eine offene Frage. Es gibt in der BRD Stimmen, die dafür plädieren, Minderheiten zu überfahren, wenn sie sich gegen eine Reform stellen. Aber im Augenblick ist ja natürlich noch nicht einwandfrei erwiesen, ob die BRD die Reform durchführen will, denn die Gegner sind keineswegs überwunden. In jüngster Zeit haben sie ihrer Präsenz mit großem Nachdruck demonstriert, und bedeutende deutsche Zeitungen leisten konsequent Widerstand. Aber Dr. Grebe hält die BRD reif für die Reform.
In diesem Zusammenhang muß natürlich auf die verschiedenen Umfragen der Meinungsforscher und von Zeitungen hingewiesen werden. Sie scheinen einen Meinungsumschwung zugunsten einer Reform zu belegen.
Heute geht es, wie eingangs erwähnt, darum, ein Bild über die Meinungen in den Fachverbänden zu gewinnen. Eine Abstimmung ist nicht möglich, weil nicht jeder Stimme das gleiche Gewicht zukommt, denn der eine Verband umfaßt einige tausend Mitglieder, der andere nur einige hundert. Und zudem fehlt ein wichtiger Partner: die Elternschaft. Letztlich wird der Entscheid nach Anhören aller Stimmen und nach Überprüfung der Situation in den andern Ländern von politischen Instanzen zu treffen sein.

Alfons Müller-Marzohl

Die „unentbehrlichen" Fremdwörter!

Ist die deutsche Sprache der englischen hörig?

Nachdem ich jahrzehntelang der englischen Sprache vermählt war, hatte ich mit Furcht meiner Rückkehr ins deutsche Sprachgebiet entgegengesehen. Würde sich denn nicht ganz unbewußt immer wieder das eine oder andere englische Wort in meine Ausdrucksweise einschleichen? Doch ich hörte und sah zu meiner Überraschung, wie sich das Image der deutschen Sprache zu meinen Gunsten verändert hatte. Und was ich auch immer über den Nonsens der Sprachverschmutzung zu sagen hätte, wäre ein reines Understatement dieses Trends, der jederzeit den Test bestehen kann, da er sich zum Hobby der deutschsprachigen Zunge entwickelt hat. Das Know-how der Verhunzung der Sprache sollte man als Display auf einem Poster der Welt zeigen können, selbst dann, wenn auch Manpower dazu benötigt werden sollte. Das Ganze ist ein cleveres Puzzle (falsch auch Putzl ausgesprochen), das mit Insight einen guten Job verrichtet.
Es ist, wenn auch nicht tipptopp, ein Festival der Sprachverirrung, der ich begegnete. Im Showbusineß, das immer sophisticated oder gar ein Thriller sein sollte, könnte der Titel lauten: Wie die deutsche Sprache von der